



Mit grossem Aufwand und Herzblut: Renate Rutishauser macht sich für die Pflegenden und zuzetzt auch für die **Online-Kampagne «Appell für die Pflege»** stark. (FOTOS SILVIA AEBLI-ITTM/ZVG)

«Wir geben uns jetzt nicht mit Brosamen zufrieden»

Seit über einem Jahr wird in **Bundesbern** über die am 7. November 2017 eingereichte **Initiative für eine starke Pflege** beraten. Heute Mittwoch ist der Ständerat am Zug. Beim **Berufsverband der Pflegefachpersonen** geht man jedoch schon im Vorfeld davon aus, dass die **Initiative nächstes Jahr vors Volk** kommen wird.

► SILVIA KESSLER

W

Wie die Politik mit der am 29. November 2017 mit über 120 000 Unterschriften formell zustande gekommenen Initiative für eine starke Pflege umgehen, sei grundsätzlich entscheidend, unbefriedigend und ärgerlich, sagt Renate Rutishauser, geschäftsführende Präsidentin der Bündner Sektion des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK).

Das Urheil aus Sicht des Verbands und der Pflege nahm bereits am 9. März 2018 seinen Lauf, als der Bundesrat die Pflegeinitiative in einem Richtungsentscheid ohne Gegenorschlag ablehnte. Diese Haltung zementierte er im November 2018, indem er die Vorlage auch dem National- und Ständerat zur Ab-

lenkung empfahl. Nach einer Anhörung vor der Gesundheitskommission des Nationalrats im Januar 2019 konnte das Initiativkomitee dann zumindest erreichen, dass die ständerätliche Gesundheitskommission im März 2019 die Ausarbeitung eines indirekten Gegenentwurfs zur Volksinitiative in Angriff nahm. Über ein Jahr dauerte in der Folge die parlamentarische Phase, ehe sich die Gesundheitskommission des Ständerats am 26. Mai dieses Jahres noch einmal mit dem indirekten Gegenorschlag zur Pflegeinitiative befasste. Heute Mittwoch berät der Ständerat über die Vorlage.

Schwundende Hoffnung

«Ich gehe davon aus, dass der Ständerat den indirekten Gegenorschlag seiner Gesundheitskommission durchwirken wird», sagt Renate Rutishauser. Trete das ein, werde die Pflegeinitiative mit grösster Wahrscheinlichkeit vors Volk kommen. Der Abstimmungstermin dürfte spätestens im September 2021

sein. Denn mit dem präsentierten indirekten Gegenorschlag kann sich der Pflegeberufsverband, der die Initiative für eine starke Pflege lanciert hatte, ganz und gar nicht einverstanden erklären. «Die ständerätliche Kommission verpasst es, nachhaltige Lösungen gegen den Pflegezustand zu ergründen», schreibt denn auch der SBK in einer Reaktion auf das Resultat der ständerätlichen Kommissionssitzung vom 26. Mai. Zwar komme die Kommission auf ihren ablehnenden Entscheid vom Februar dieses Jahres zurück und ermögliche den Kantonen nun doch mit Stichtestscheid des Präsidenten – Personen in der Pflegeausbildung zu unterstützen.

Ein Entscheid, der wohl unter dem Eindruck der Corona-Pandemie und der markant gestiegenen Aufmerksamkeit für die Pflege in der Öffentlichkeit gefällt worden sei, mutmasst Renate Rutishauser. Die Kommission verstärke es aber, Massnahmen für mehr Patientensicherheit und für einen länge-

ren Berufsverbleib festzulegen, hält sie fest. Dies seien zentrale Forderungen der Pflegeinitiative. «Es bringt nichts, wenn in die Ausbildung investiert wird, aber weiterhin rund 46 Prozent der Pflegenden während des Erwerbslebens aus dem Beruf ausscheiden, zumeist aufgrund emotionaler Erschöpfung.»

Alarmierende Fakten

Die Fakten seien längst alarmierend, fährt Renate Rutishauser fort. Bis 2030 brauche es 65 000 zusätzliche Pflegenden. Doch die Ausbildungszahlen seien viel zu tief, bei den diplomierten Pflegefachpersonen werde nicht einmal die Hälfte des Bedarfs ausgebildet. Aktuell seien 11 000 Pflegestellen vakant. Diese Zahlen müssten eigentlich allen klar machen, dass die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in der Schweiz gefährdet sei, auch ohne Pandemie. «Ich weiss nicht, was wir noch tun können, damit dies auch der Politik bewusst wird», sagt die Präsidentin des SBK Graubünden. Der Berufsverband

und die Pflegenden hätten in den letzten Jahren einen grossen Aufwand für die Initiative und zur Aufwertung der Pflegeberufe betrieben. Sollte nun der Ständerat heute Mittwoch nicht auf die wesentlichen Forderungen der Pflegeinitiative eingehen, müsse das Stimmvolk entscheiden. Der Kampf werde weitergehen, so Renate Rutishauser. «Wir geben uns jetzt nicht mit Brosamen zufrieden.»

Mit einem Appell an die Politik und einem offenen Brief ans Bundesparlament lancierte der SBK am Tag der Pflege vom 12. Mai eine Online-Kampagne, die bis anhin von fast 64 000 Personen unterschrieben wurde. Mit dem Appell soll erreicht werden, dass mehr Pflegefachpersonen ausgebildet werden, dass diese mehr Zeit für ihre Patienten haben, dass bessere Arbeitsbedingungen für Pflegendе geschaffen werden, sodass sie im Beruf bleiben, und dass der Pflegeberuf aufgewertet wird.

www.pflegeinitiative.ch